

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie  
Postfach 71 28 | 24171 Kiel

**Minister**

An den  
Vorsitzenden des  
Europaausschusses des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Peter Lehnert, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/7421

An den  
Vorsitzenden des  
Wirtschaftsausschusses des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Christopher Vogt, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

- per E-Mail -

14. Februar 2017

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anbei übersende ich Ihnen die Berichtsbögen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union zu den vom Landtag identifizierten landespolitisch bedeutsamen Vorhaben der Europäischen Kommission, soweit das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie betroffen ist und sich neue Sachstände ergeben haben.

Dabei handelt es sich um folgende Vorhaben:

aus KOM-Arbeitsprogramm 2013

1. Rahmen für die künftige Hafenpolitik der EU,

aus KOM-Arbeitsprogramm 2015 (LT DRs 18/2812(neu))

2. Integration in den Arbeitsmarkt - EURES,
3. Binnenmarktstrategie mit Fokus auf KMU,
4. Handels- und Innovationsstrategie (Freihandelsabkommen),
5. Evaluierung der EU RiLi über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände,

aus KOM-Arbeitsprogramm 2016 (LT DRs 18/3741)

6. Paket für den digitalen Binnenmarkt,
7. Säule sozialer Rechte,
8. Follow-Up Handelsstrategie,
9. Eignungsprüfung Rechtsvorschriften Seeverkehr.

Es handelt sich jeweils um die Sachstände am 1. Januar 2017.

Mit freundlichen Grüßen,

gezeichnet

Reinhard Meyer

Anlage: Sachstände zu landespolitisch bedeutsame EU Vorhaben

## Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

**Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union**

**hier: Aktualisierung des Sachstands mit Stand 01.01.2017**

<b>Vorhaben:</b>	Vorschlag der EU-KOM zur Schaffung eines Rahmens für den Zugang zum Markt für Hafendienste und für die finanzielle Transparenz der Häfen
<b>KOM-Nr.:</b>	COM(2013) 296 final; Ratsdok. 10154/13
<b>BR-Drucksache(n):</b>	439/13
<b>Federführendes Ressort:</b>	MWAVT
<b>Erfolgte Aktivitäten seit August 2016</b>	Laufende Abstimmung mit den anderen norddeutschen Küstenländern, u. a. im Rahmen des 5. Hafenentwicklungsdialogs der norddeutschen Küstenländer
<b>Inhaltliche Sachstandsveränderung gegenüber August 2016</b>	<p>Das Europäische Parlament (EP), der Rat und die Kommission haben sich Ende Juni auf einen Kompromiss zur sog. Hafen-VO, die den Zugang zum Markt für Hafendienste und die finanzielle Transparenz der Häfen regelt, geeinigt.</p> <p>Die Baggerei unterliegt danach den Transparenzvorschriften der VO, wird aber nicht als Hafendienstleistung definiert. Das Kapitel über die Bedingungen des Marktzugangs bezieht sich nur noch auf die Organisation der Hafendienste.</p> <p>Die Ausschreibung von Hafendienstleistungen im EU-Amtsblatt im Falle der Begrenzung der Anbieterzahl ist gestrichen und auf eine allgemeine Verfahrensbeschreibung beschränkt worden.</p> <p>Lotsendienste sind von den Organisationsvorschriften ausgenommen worden.</p> <p>Die Arbeitnehmerrechte (Streikrecht und</p>

	<p>Sozialvorschriften) sind in den Text aufgenommen worden.</p> <p>Das EP hat dem Ergebnis am 14. 12.2016 zugestimmt.</p> <p>Trotz Einigung über die Hafen-VO blieb für die MdEP bis zuletzt die Frage offen, wie und in welcher Form Investitionen in Häfen als staatliche Beihilfen eingestuft würden. Eine Abstimmung im EP-Plenum wurde daher erst durch Vorlage eines Entwurfs der Allgemeinen Gruppenfreistellungs-VO (AGVO) sowie weiterer Informationen seitens der KOM ermöglicht. Die Annahme im Rat ist noch für Januar vorgesehen.</p>
--	--

## Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

**Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union**

**hier: Aktualisierung des Sachstands mit Stand 01.01.2017**

<b>Vorhaben:</b>	Förderung der Integration und der Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt (AP der KOM 2015 - Anhang 1, Pkt. 2) 1. Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für die Integration langfristig Arbeitsloser 2. Beschäftigungsinitiative für junge Menschen
<b>KOM-Nr.:</b>	1. 2015/0219 (NLE) 2. COM(2015) 46 final
<b>BR-Drucksache(n):</b>	1. --- 2. BR 42/15
<b>Federführendes Ressort:</b>	MWAVT
<b>Erfolgte Aktivitäten seit Januar 2016</b>	Start des 3. Ideenwettbewerbs zur Integration Langzeitarbeitsloser des MWAVT am 6. Juli 2016;
<b>Inhaltliche Sachstandsveränderung gegenüber Januar 2016</b>	Start der 12 neuen Landesmodellprojekte zum 1.1.2017 mit einer Laufzeit von 24 Monaten

## Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

**Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung  
und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union**

**hier: Aktualisierung des Sachstands mit Stand 01.01.2017**

<b>Vorhaben:</b>	Binnenmarktstrategie für Waren und Dienstleistungen
<b>KOM-Nr.:</b>	COM(2015) 550 final (ersetzt 2011(206) final und 2012(573) final)
<b>BR-Drucksache(n):</b>	509/15
<b>Federführendes Ressort:</b>	MWAVT
<b>Erfolgte Aktivitäten seit August 2016</b>	Laufende Begleitung der von EU KOM vorgelegten Einzelvorschläge zur Umsetzung der Binnenmarktstrategie.
<b>Inhaltliche Sachstandsveränderung gegenüber August 2016</b>	<p>Das Arbeitsprogramm der Kommission für 2017 vom 25.10.2016 – COM(2016) 710 – sieht folgende Aktivitäten vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Überarbeitung der Rechtsvorschriften für den Warenverkehr,</li> <li>• eine unternehmensrechtsspezifische Initiative zur Förderung des Einsatzes digitaler Technologien während des Lebenszyklus eines Unternehmens und Erleichterung von grenzüberschreitenden Unternehmensverschmelzungen und –spaltungen,</li> <li>• eine Initiative zu koordinierten Gesundheitstechnologiebewertungen,</li> <li>• Maßnahmen für eine bessere Durchsetzung der Binnenmarktregeln im Rahmen eines breiten Durchsetzungspakets mit Vorschlägen für ein zentrales Zugangstor und für ein Marktinformationsinstrument für den Binnenmarkt,</li> <li>• Maßnahmen zum Ausbau von SOLVIT,</li> <li>• Maßnahmen zur Stärkung der Durchsetzungsbefugnisse der einzelstaatlichen Wettbewerbsbehörden.</li> </ul>

## Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

**Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union**

**hier: Aktualisierung des Sachstands mit Stand 01.01.2017**

<b>Vorhaben:</b>	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Handel für alle - Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik
<b>KOM-Nr.:</b>	COM (2015) 497 final
<b>BR-Drucksache(n):</b>	BR-Drs.-Nr. 500/15, 500/1/15, 500/2/15, 500/15B, zu 500/15/B
<b>Federführendes Ressort:</b>	MWAVT
<b>Erfolgte Aktivitäten seit Januar 2016</b>	Unterrichtung durch die Europäische Kommission zu BR 500/15 (Beschluss)
<b>Inhaltliche Sachstandsveränderung gegenüber Januar 2016</b>	Die Europäische Kommission arbeitet die Strategie weiter aus.  Zu BR 500/15 (Beschluss) Kommission dankt, hofft die Fragen beantwortet zu haben und sieht der Fortsetzung des Dialogs erwartungsvoll entgegen.

## Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

**Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung  
und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union**

**hier: Aktualisierung des Sachstands mit Stand 01.01.2017**

<b>Vorhaben:</b>	Evaluierung der EU RiLi über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände.
<b>KOM-Nr.:</b>	D039870/02
<b>BR-Drucksache(n):</b>	Keine (Ursprungsrichtlinie BR Drs 750/98)
<b>Federführendes Ressort:</b>	MWAVT
<b>Erfolgte Aktivitäten seit Januar 2016</b>	Eine Abstimmung mit Bund und Ländern über die Inhalte der Richtlinie und das weitere Vorgehen findet statt.
<b>Inhaltliche Sachstandsveränderung gegenüber Januar 2016</b>	<p>Die EU KOM hat am 31. März 2016 den Bericht an das Europäische Parlament und den Rat „REFIT-Evaluierung der Richtlinie 2000/59/EG über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände“ vorgelegt. Der Bericht kommt zum Ergebnis, dass in folgenden Bereichen Probleme bestehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verfügbarkeit geeigneter Hafenauffangeinrichtungen,</li> <li>• Abgabe von Abfällen bei Hafenauffangeinrichtungen,</li> <li>• Verwaltungsaufwand für die Anwendung der Richtlinie.</li> </ul> <p>Um auf festgestellte Probleme zu reagieren, hat die EU KOM gemäß Bericht ein zweistufiges Vorgehen in Gang gesetzt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. kurz- bis mittelfristig, hauptsächlich in Form von weichen Vorschriften (z. B. eingeleitete Überarbeitung des Abfallmeldeformulars),</li> <li>2. längerfristig in Form einer vollständigen Überarbeitung der Richtlinie.</li> </ol>

## Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union

hier: Aktualisierung des Sachstands mit Stand 01.01.2017

<b>Vorhaben:</b>	Paket für den digitalen Binnenmarkt sowie Umsetzung der Strategie für den digitalen Binnenmarkt
<b>KOM-Nr.:</b>	COM (2015) 192 final
<b>BR-Drucksache(n):</b>	212/15; 212/15 (B)
<b>Federführendes Ressort:</b>	Themenabhängig: <b>MWAVT, StK, MIB, MJKE</b>
<b>Zielsetzung und wesentlicher Inhalt:</b>	Stärkung des EU-Binnenmarktes für das digitale Zeitalter. Regulierungsbedingte Barrieren sollen beseitigt, die 28 nationalen Märkte zu einem einzigen zusammengeführt werden.
<b>Bedeutsamste Aspekte für das Land Schleswig-Holstein</b>	Digitale Dienste sind sowohl für Unternehmen als auch für die Gesellschaft von Bedeutung.
<b>Darstellung des aktuellen Sachstands (Veränderungen seit letztem Bericht) sowie des voraussichtlich weiteren Fortgangs des Vorhabens mit Blick auf diese besonderen Interessen des Landes Schleswig-Holstein:</b>	<p>BR Stellungnahme vom am 10. Juli 2015 (BR DRs 212/15 (B)).</p> <p>Die Realisierung der in 2015 veröffentlichten Strategie ist überwiegend bereits erheblich vorangeschritten, es wurden Mitteilungen der KOM, Anhörungen und auch konkrete Richtlinien und Verordnungsvorschläge der EU vorgelegt zu folgenden Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– <b>Rechtsetzungsvorschläge für einfache und wirksame grenzübergreifende Vertragsbestimmungen für Verbraucher und Unternehmen</b></li> <li>– <b>Sektorenuntersuchung des elektronischen Handels, speziell des Online-Handels mit Waren und der Online-Erbringung von</b></li> </ul>

	<p><b>Dienstleistungen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Überprüfung zur Vorbereitung von Rechtsetzungsvorschlägen gegen ungerechtfertigtes Geoblocking</li> <li>– Rechtsetzungsvorschläge für eine Reform des Urheberrechts:</li> <li>– Überprüfung der Satelliten- und Kabelrichtlinie:</li> <li>– Überprüfung der Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz:</li> <li>– Rechtsetzungsvorschläge zur Verringerung des Verwaltungsaufwands der Unternehmen, der sich aus unterschiedlichen Mehrwertsteuerregelungen ergibt</li> <li>– Maßnahmen auf dem Gebiet der Paketzustellung</li> <li>– Umfassende Analyse der Rolle der Plattformen auf dem Markt, einschließlich der illegalen Inhalte im Internet</li> <li>– Überprüfung der bestehenden Telekommunikationsvorschriften</li> <li>– Vorschläge zur Modernisierung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste</li> <li>– Schaffung einer vertraglichen öffentlich-privaten Partnerschaft für Cybersicherheit:</li> <li>– Überprüfung der e-Datenschutzrichtlinie:</li> <li>– Aufstellung eines Plans mit den Prioritäten für die IKT-Normung</li> <li>– Erweiterung des Europäischen Interoperabilitätsrahmens für öffentliche Dienste</li> <li>– Initiativen zu Dateneigentum, freiem Datenfluss (z. B. zwischen Cloud-Anbieter)</li> <li>– Neuer E-Government-Aktionsplan (2016 – 2020)</li> <li>– Kompetenz- und Fortbildungsinitiativen zur Förderung digitaler Kompetenzen und Qualifikationen</li> <li>– Förderung der Digitalisierung der Industrie</li> </ul> <p>Die Kommission wird 2017 mit der Umsetzung ihrer im Mai 2015 veröffentlichten Strategie für einen digitalen Binnenmarkt fortfahren, wobei ihr Ziel weiterhin ist, bis Ende 2019 einen voll funktionsfähigen digitalen Binnenmarkt zu schaffen, um die sich bietenden Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Ein entscheidender Faktor ist hierbei das Vertrauen der Bürgerinnen</p>
--	--

	<p>und Bürger und damit das Thema Cybersicherheit und Datenschutz.</p> <p>Die Kommission plant für 2017 keine neuen, explizit medienpolitischen Gesetzesinitiativen; allerdings ist das angekündigte Mehrwertsteuer-Paket aufgrund der darin vorgesehenen Vorschläge zu elektronischen Veröffentlichungen und elektronischen Büchern auch aus medienpolitischem Blickwinkel relevant. Der Fokus der Kommission liegt in diesem Themenfeld vielmehr auf dem zügigen Abschluss der Gesetzesverfahren von bereits vorgestellten Initiativen wie dem Vorschlag zur Revision der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, dem Vorschlagspaket zum Urheberrecht, dem Verordnungsvorschlag zur Portabilität und dem Verordnungsvorschlag zur Vorbeugung ungerechtfertigtem Geoblockings. Daneben sind einzelne Aspekte der ebenfalls bereits vorliegenden Vorschläge zur Telekommunikationsreform bedeutsam.</p>
<p><b>Wichtige Zeitpunkte und Termine (soweit bekannt):</b></p>	<p>Weitergehend nicht konkret benennbar</p>

## Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

**Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung  
und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union**

**hier: Aktualisierung des Sachstands mit Stand 01.01.2017**

<b>Vorhaben:</b>	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Einleitung einer Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte (Säule)
<b>KOM-Nr.:</b>	COM(2016) 127 final
<b>BR-Drucksache(n):</b>	111/16
<b>Federführendes Ressort:</b>	MWAVT
<b>Zielsetzung und wesentlicher Inhalt:</b>	Mit der Säule soll eine Reihe wesentlicher Grundsätze zur Unterstützung gut funktionierender und fairer Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme festgelegt werden.
<b>Bedeutsamste Aspekte für das Land Schleswig-Holstein</b>	Unterstützung der landespolitischen Bemühungen um die Durchsetzung des Prinzips der Guten Arbeit
<b>Darstellung des aktuellen Sachstands (Veränderungen seit letztem Bericht) sowie des voraussichtlich weiteren Fortgangs des Vorhabens mit Blick auf diese besonderen Interessen des Landes Schleswig-Holstein:</b>	<p>Ziel der von der EU-KOM am 8. März 2016 gestarteten Konsultation ist es, eine Bestandsaufnahme des gegenwärtigen sozialen „Acquis“ der EU vorzunehmen, Überlegungen zu neuen Trends bei den Arbeitsmustern und in der Gesellschaft anzustellen und Meinungen und Feedback zum ersten, vorläufigen Entwurf der Säule einzuholen.</p> <p>Der Säulen-Entwurf der EU-KOM beinhaltet wesentliche Grundsätze in zwanzig Bereichen, die in drei Schwerpunktbereiche (Chancengleichheit und Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen sowie angemessener und</p>

	<p>nachhaltiger Sozialschutz) gegliedert sind.</p> <p>Die Ergebnisse der Konsultation werden in die endgültige Ausgestaltung der Säule einfließen und dazu beitragen, den Umfang zukünftiger Maßnahmen abzustecken, wo dies notwendig ist.</p> <p>Der Bundesrat hat mit Beschluss vom 17. Juni 2016 (BR Drs 116/16 (B)) das Ziel der Kommission unterstützt, gemäß dem Leitbild der sozialen Marktwirtschaft, die soziale Dimension der EU sichtbar zu machen. Er begrüßt darüber hinaus die mit der Europäischen Säule sozialer Rechte angestrebte soziale Aufwärtskonvergenz. Darüber hinaus hat sich der Bundesrat in seiner insgesamt 25-ziffrigen Stellungnahme dezidiert zu einzelnen Aspekten des Säulen-Entwurfs der EU-KOM eingelassen.</p>
<p><b>Wichtige Zeitpunkte und Termine (soweit bekannt):</b></p>	<p>Die Konsultation lief bis zum 31. Dezember 2016. Das Ergebnis der Konsultation soll spätestens mit dem von der KOM für März 2017 geplanten „Weißbuch über die Zukunft der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)“ vorgelegt werden und die Grundprinzipien europäischer Sozialrechte widerspiegeln.</p>

## Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union

hier: Aktualisierung des Sachstands mit Stand 01.01.2017

<b>Vorhaben:</b>	<b>KOM AP 2016</b> Follow-up zur Handels und Investitionsstrategie
<b>KOM-Nr.:</b>	
<b>BR-Drucksache(n):</b>	
<b>Federführendes Ressort:</b>	MWAVT
<b>Zielsetzung und wesentlicher Inhalt:</b>	Fortsetzung der TTIP Verhandlungen mit den USA durch die Kommission, Fortschritte auf WTO Ebene und Umsetzung von Wirtschaftspartnerabkommen
<b>Bedeutsamste Aspekte für das Land Schleswig-Holstein</b>	bedeutsam für SH Handels- und Wirtschaftspolitik
<b>Darstellung des aktuellen Sachstands (Veränderungen seit letztem Bericht) sowie des voraussichtlich weiteren Fortgangs des Vorhabens mit Blick auf diese besonderen Interessen des Landes Schleswig-Holstein:</b>	laufende Verhandlungen auf EU / USA Ebene,  laufende politische Diskussion über Positionierung auf nationaler und regionaler Ebene
<b>Wichtige Zeitpunkte und Termine (soweit bekannt):</b>	Noch nicht vorhersehbar